

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Liebe Leser

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

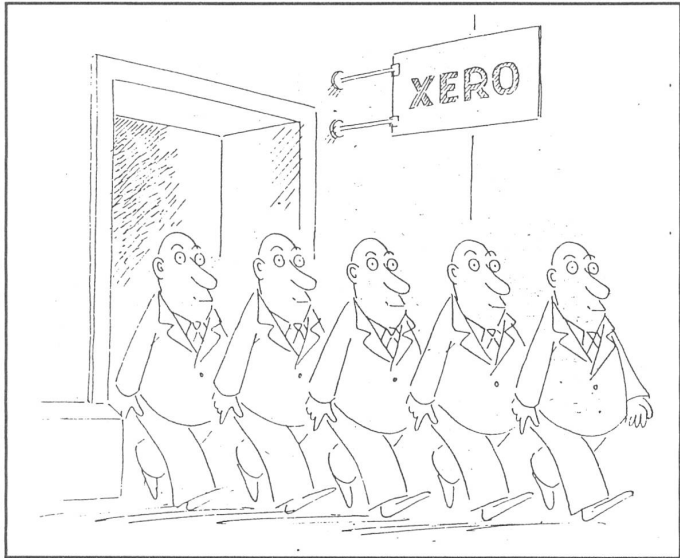
### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## LIEBE LESER



«Szpilki», Warschau,  
Nr. 47/1988

Streikwellen und Unruhen schienen möglich, und man sagte sich, dass die Gefahr nur mit Hilfe der Solidarnosc zu bannen sei.

So kam es zur Regimewende vom 22. Dezember, als Ministerpräsident Rakowski einige warme Worte an Walesa richtete, ihn der «konstruktiven Opposition» zurechnete und ihm ein «anderes politisches Profil als vor sieben Jahren» zubilligte, das heisst andichtete.

Den Hintergrund bildete eine schlechte soziale Lage (die wir in der letzten Nummer geschildert haben) und die zu dem Zeitpunkt noch bevorstehenden Preiserhöhungen vom 1. Januar. Da schien es dem Ministerpräsidenten ratsam, den Polen mangels anderer Dinge wenigstens Versöhnlichkeit aufzutischen.

Gleichzeitig freilich musste man das der Parteiführung insgesamt schmackhaft machen, und das war nicht leicht. Unmittelbar vor Weihnachten rief man ein erstes ZK-Plenum über die Solidarnosc ein, und Rakowski soll den darum herum redenden Genossen die Optionen mit der Kurzformel «Liquidieren? Tolerieren? Kooperieren?» drastisch vor Augen geführt haben. Indessen zogen es die 230 Mitglieder vor, ihre Handlungsfähigkeit am Gegenstand anderweitiger personeller Veränderungen zu beweisen, die in reichem Ausmass beschlossen wurden, wie immer in der letzten Zeit, wenn man sonst nichts

weiss. Für die Gewerkschaftsfrage erbat man sich Bedenkzeit; man müsse doch die Basis konsultieren. Was der Parteiführung ein bisschen spät in den Sinn gekommen ist.

So verschob man den Entscheid auf Mitte Januar. Rakowski selbst und Regierungssprecher Urban nutzten die Zeit, um durch öffentliche Auftritte den ZK-Kurs möglichst schon auf die gewünschte Option der Kooperation festzulegen. Mit Walesa verfahren sie dabei so höflich, dass man fast auf ein ungesagtes Motto hätte schliessen können: Machen wir den Kerl fertig, indem wir ihn einen Vertrauensmann der Partei nennen.

Beinahe hätte sich Rakowski damit indessen selber vor dem ZK-Plenum fertiggemacht. Manche Genossen, und natürlich speziell die Vertreter der offiziellen Gewerkschaften, fühlten sich verraten. Schliesslich kam es doch zum Sieg des sogenannten Reformflügels, das heisst jenes Flügels, der mit halben Reformen einer ganzen Perestrojka ausweichen will.

Das bringt die Solidarnosc in Verlegenheit, ohne der Partei aus der Verlegenheit herauszuhelfen. ■

Das Dilemma, in welchem sich, wie im nebenstehenden Beitrag ausgeführt, die Solidarnosc befindet, ist laut deren eigenen Einschätzung nicht unlösbar. Auf jeden Fall wird sie laut Lech Walesa nunmehr Verhandlungen mit der Regierung in Richtung auf Legalisierung der Gewerkschaft aufnehmen. Am Ende dieser Phase könnte Polen wieder einen Gesellschaftsvertrag wie im Sommer 1980 haben.

Oder doch nicht? Wenn die Solidarnosc wirklich Bedingungen wie ein Streikverbot oder die Desavouierung militanter Mitkämpfer akzeptiert, könnte sie in einigen Belangen zum verlängerten Arm des Regimes werden und an Vertrauen einbüßen, vor allem bei den Jungarbeitern, die es schon letztes Jahr auf die Kraftprobe mit den Behörden hatten ankommen lassen wollen.

Andererseits ist es nicht so, dass kein Spielraum für Verhandlungen bestünde. Deren Scheitern wäre ein Scherbenhaufen in erster Linie für die Führung, die auf einen Konsens mit der Bevölkerung angewiesen ist. Mit welcher Erfolgsaussicht könnte sie gegebenenfalls versuchen, den Schwarzen Peter wieder der Solidarnosc zuzuschieben? Eine Neuauflage des Putsches vom 13. Dezember 1981 in welcher genauen Form auch immer kommt ernstlich kaum in Betracht; die Zeiten sind ringsum anders geworden. Und damals bildete die Massgeblichkeit des grossen Bruders den Hintergrund zu jedem lagerinternen Geschehen; heute impliziert die Nachbarschaft weder die gleiche Qualität wie damals noch den gleichen Willen zum Diktat.

Eben erinnert in Polen ein neuer Priester-mord an den vor gut vier Jahren sicherheitsdienstlich umgebrachten Jerzy Popieluszko. Falls es sich aber wirklich um ein Verbrechen von der gleichen Seite handeln sollte, wäre die Einbettung anders. Damals geschah die keineswegs isolierte Tat mit der stillschweigenden Billigung der Leute, die den Kriegszustand verwalteten und die sich erst durch das nicht kalkulierte Überleben eines Zeugen veranlasst sahen, durch Opferung der direkten Täter etwas Ballast abzuwerfen. Heute würde ein SD-arrangierter Mord dieser Art nicht einmal die Eventualbilligung des Regimes haben; er wäre eine direkte Provokation auch an dessen Adresse, der wütende Versuch, das Zustandekommen eines neuen Gesellschaftsvertrags zu verhindern. Mit unmenschlichen Mitteln, aber auch mit unbehelflichen Mitteln. Das würde – die gleiche Täterschaft immer vorausgesetzt – höchstens zeigen, wer vor der neuen Entwicklung am meisten Angst hat, nämlich die Anhänger der geübten Diktatur. Der Genosse Trend hat sie verlassen.

Christian Brügger